

erschienen in: **Tagesanzeiger**, 23.04.2026, S. 7

Für die Personenfreizügigkeit sprechen nur – Denkfallen!

Reiner Eichenberger¹
Universität Fribourg

*Die Personenfreizügigkeit zerstört das Erfolgsmodell Schweiz.
Es ist Zeit, die Denkfallen zu entschärfen und auf eine bessere Lösung zu setzen.*

Die Schweiz ist mit ihrer hohen Lebensqualität, zentralen Lage und Vielsprachigkeit ein Magnet für Zuwanderung. Während Zuwanderung Vor- und Nachteile hat, schadet die Personenfreizügigkeit mit der EU der Schweiz. Die Personenfreizügigkeit generiert so lange zusätzliche Zuwanderung und Bevölkerungswachstum, bis die Schweiz nicht mehr attraktiv ist. Das Bevölkerungswachstum führt zu «Füllungskosten» in vielen Lebensbereichen. Mehr Einwohner brauchen mehr Wohn- und Arbeitsraum, was die Mieten steigen lässt – trotz Bauboom, Grünflächenschwund und stagnierender Wohnfläche pro Einwohner. Mehr Einwohner brauchen auch mehr Verkehrsinfrastruktur, Strom, Gesundheitsleistungen und Ausbildungsplätze – und belasten die Umwelt stärker. Die Kosten steigen bei schnellem Bevölkerungswachstum überproportional an, was die Lebensqualität sinken lässt.

Trotzdem hat die Personenfreizügigkeit gewichtige Freunde. Sie warnen jetzt vor der 10-Millionen-Initiative der SVP, weil diese die Personenfreizügigkeit gefährde. Aber Vorsicht. Dass die Personenfreizügigkeit Wohlstand bringe, dass sie den Fachkräftemangel lindere, dass die

¹ Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg i.Ue. und Forschungsdirektor von CREMA – Center of Research in Economics, Management and the Arts.

Wirtschaft und die Sozialwerke sie bräuchten: Das alles sind Denkfallen. Dazu einige Richtigstellungen.

Denkfallen entschärfen

Die Personenfreizügigkeit ab 2007 brachte kein Wohlstandswachstum. Das Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) war von 2007 bis 2023 hoch. Aber das spiegelt das grosse Bevölkerungswachstum, das mit jährlich 1,02 Prozent gut 18-mal höher als dasjenige Deutschlands war. Hingegen wuchs das BIP pro Kopf nur um 0,64 Prozent jährlich, minim weniger als im angeschlagenen Deutschland mit 0,67 Prozent. Zudem sind die Schweizer Zahlen durch „Grenzgängerdoping“ aufgebläht. Die Leistung der Grenzgänger zählt zum BIP, aber die Grenzgänger nicht zur Bevölkerung. Das Wachstum des BIP pro Kopf ohne Grenzgängerdoping – die für den Wohlstand der Normalbürger relevante Grösse – ist für die Schweiz seit 2007 kläglich: Es betrug lediglich 0,39 Prozent jährlich. Damit liegt die Schweiz sogar hinter dem kriselnden Euroraum mit 0,57 Prozent.

Personenfreizügigkeit schafft Fachkräftemangel. Natürlich erleichtert es die Personenfreizügigkeit den einzelnen Firmen, offene Stellen einfacher oder billiger zu besetzen. Das zieht aber neue Investitionen und Firmen an. Diese stellen auch Einheimische an, die sonst bei anderen Firmen gearbeitet hätten und nun dort fehlen. Zugleich schafft die Zuwanderung neue Nachfrage, z.B. für den Bau von Wohnraum, und so neuen Fachkräftemangel und noch mehr Zuwanderung.

Die Personenfreizügigkeit bringt auch bei Arbeitslosigkeit viel Zuwanderung. Zuwanderer bewerben sich nicht nur auf neu geschaffene, sondern auf alle offenen Stellen. Deren Zahl wird von der natürlichen Fluktuation durch Jobwechsel und Pensionierungen geprägt. Auch in schlechten Zeiten ohne Stellenwachstum sind jährlich 500'000 Stellen neu zu besetzen. Deshalb dürfte dann die Zuwanderung nicht stark zurückgehen, und es droht schnell steigende Arbeitslosigkeit.

Personenfreizügigkeit ist auch schlecht, wenn die Schweizer Bevölkerung schrumpft. Manche bringen gegen die SVP-Initiative das Argument vor, die Schweiz erreiche wegen sinkender Fertilität gar nie 10 Millionen Einwohner. Eigentlich müsste dies die Initiative aus Sicht der Gegner ja harmloser machen. Fakt ist aber sowieso, dass die sinkende Fertilität eine grosse «Demographie-Migration» bringen wird. Die meisten EU-Länder haben keine kapitalgedeckte Altersvorsorge. Zur Sicherung der Renten müssen sie deshalb die Jungen noch höher als heute und viel höher als die Schweiz belasten. Die Jungen werden deshalb noch stärker in die Schweiz drängen.

Personenfreizügigkeit bringt illiberale Politik. Die Füllungskosten nehmen den Bürgern die Anreize, sich für gute Politik zu engagieren. Weil die Einheimischen zur Absicherung ihrer komfortablen Wohn- und Arbeitssituation die Zuwanderer nicht mehr diskriminieren dürfen, diskriminieren sie sie indirekt, indem sie alle «Outsider», die in den Markt eintreten möchten, diskriminieren: also die Zuwanderer und die eigenen Jungen, oder alle nicht lokal Ansässigen. So wird der Mietmarkt zunehmend verreguliert, etwa durch Schutz der Bestandesmieten und Erschwerung von Kündigungen, und immer mehr Gemeinden subventionieren Wohnungen, die ihren langjährigen Einwohnern vorbehalten sind. Ähnliche Tendenzen zeigen sich auf dem Arbeitsmarkt, etwa in Form von Mindestlöhnen oder flankierenden Massnahmen. Dies untergräbt die Anreize in Wohnungen und Arbeitsplätze zu investieren, und auf der Strecke bleiben die Jungen, die eine Arbeit und Wohnung suchen. Die Personenfreizügigkeit wird so zum Motor eines illiberalen Umbaus der Schweiz.

Personenfreizügigkeit untergräbt die Schweizer Erfolgseinrichtungen. Hohe Zuwanderung schwächt die positive Kraft des Milizsystems und der direkten Demokratie. Mittlerweile beträgt der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung bei den 30- bis 40-Jährigen rund 40 Prozent. Während die Nachfrage nach Milizarbeit in Politik, Armee oder Gesellschaft mit dem Bevölkerungswachstum zunimmt, wächst das Angebot kaum. Zugleich hat ein wachsender Teil der Bevölkerung keine demokratischen Rechte, was die positive Beziehung von Einwohnern und Staat aushebelt.

Ohne Personenfreizügigkeit wird Zuwanderung wirklich nützlich. Zuwanderung hat Vor- und Nachteile. Manche Zuwanderer bringen der Schweiz mehr Vor- als Nachteile, andere bringen mehr Nach- als Vorteile. Daraus folgt: Die vernünftige Lösung ist weder Gratiszuwanderung noch Abschottung, sondern eine klug gelenkte Zuwanderung. Damit würde die Schweiz dank tieferen Füllungskosten gerade für die wertvollsten Zuwanderer attraktiver.

Eine Einschränkung der Personenfreizügigkeit bringt kein Chaos. Gemäss Bundesrat droht bei einer Annahme der 10-Millionen-Initiative der Wegfall der Bilateralen I. Dazu verweist er regelmässig auf die Ergebnisse der von ihm selbst beauftragten Studie von Ecoplan. Sie zeige, dass ohne Bilaterale I und Personenfreizügigkeit das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis 2045 um 4,9% geringer ausfallen würde. Er erwähnt hingegen nicht, dass das fast nur eine Folge des dann tieferen Wachstums der Bevölkerung und der Zahl der Grenzgänger wäre und dass gemäss Ecoplan das Einkommen pro Arbeitskraft nur 0,62 Prozent tiefer läge. Unter Hinzurechnung der dann verminderten Füllungskosten – die von Ecoplan nicht berücksichtigt werden – wäre ein Wegfall der Bilateralen I also wohl klar positiv.

Raus aus der Sackgasse

Weshalb aber hat die Personenfreizügigkeit trotz aller Nachteile noch so viele Freunde in der Elite von Politik, Wirtschaft und Verbänden? Um das zu verstehen, hilft es, «Normalbürger» und «Spezialbürger» zu unterscheiden. Das schnelle Bevölkerungswachstum schadet den Normalbürgern, weil es das Einkommen pro Kopf nicht wachsen lässt und die reale Lebensqualität durch Füllungskosten senkt. Hingegen nützt es den wenigen Spezialbürgern in der Politik sowie an der Spitze von Wirtschaftsverbänden und mancher Unternehmungen, die vom Breitenwachstum profitieren. Ihnen bringt ein insgesamt wachsendes BIP mehr Steuereinnahmen, Mitgliederbeiträge, Umsätze und Gewinne und damit Vitamin 3B: Mehr Budget, Bedeutung und Boni.

Für die Normalbürger der Schweiz ist es gut, die EU-Personenfreizügigkeit zu beenden und die Zuwanderung wieder selbst und möglichst klug zu gestalten. Die Zuwanderung aus der EU und ausgewählten Drittländern soll möglichst frei von bürokratischen Hürden sein, aber nicht gratis. Erwachsene Neuzuwanderer würden für drei bis fünf Jahre eine einer Kurtaxe ähnliche Abgabe von 10 bis 25 Franken pro Tag entrichten. Das würde die Zuwanderung wirkungsvoll senken und lenken. Es kämen vor allem diejenigen, die der Schweiz viel geben und denen sie viel gibt. Auch mit der Aufenthaltsabgabe wäre die Steuerbelastung für Zuwanderer noch tiefer als in der EU. Aber ein kleiner Teil ihres grossen Wanderungsgewinns flössen an die Schweiz. Die Einnahmen von je nach Ausgestaltung 1,5 bis 5 Milliarden Franken jährlich gäben den Einheimischen wieder beste Anreize, für Offenheit und gute Politik einzustehen.

Und zum Schluss: Anders als die Personenfreizügigkeit ist die Aufenthaltsabgabe perfekt vereinbar mit der Verfassung. Da steht zusammengefasst: Die Schweiz steuert die Zuwanderung selbst mit Höchstzahlen und Kontingenten. Aufenthaltsabgaben sind Kontingente, die nicht verschenkt, sondern erworben werden.